LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3242
26. 06. 1998

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Franz Josef Bischel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

PDS in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage 1531 vom 2. Juni 1998 hat folgenden Wortlaut:

Laut Tätigkeitsbericht 1997 des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz befindet sich der PDS-Landesverband Rheinland-Pfalz noch in der Aufbauphase. Weiterhin wurde in dem Bericht darauf hingewiesen, daß die PDS bei den Bundestagswahlen 1998 versuchen wolle, in allen Wahlkreisen in Rheinland-Pfalz Direktkandidaten aufzustellen.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche aktuellen Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden über die PDS liegen der Landesregierung vor?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung inzwischen über die Aufstellung von Direktkandidaten für die Bundestagswahl 1998 durch die PDS in Rheinland-Pfalz vor?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das Verhältnis der PDS in Rheinland-Pfalz zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Juni 1998 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die PDS ist Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der meisten Länder, wobei einige Länder die Beobachtung auf Teilgruppen der PDS beschränken.
Der PDS-Landesverband Rheinland-Pfalz wird derzeit anhand offen zugänglicher Informationen vom Verfassungsschutz beobachtet. Der PDS-Landesverband Rheinland-Pfalz ist organisatorischer Bestandteil der PDS-Gesamtpartei. Abweichende politische Ziele oder Differenzierungen sind bisher nicht erkennbar. Der PDS-Landesverband Rheinland-Pfalz befindet sich (immer) noch in der Aufbauphase. Örtliche Schwerpunkte liegen u. a. in Mainz, Kaiserslautern und Trier.

Die PDS in Rheinland-Pfalz stellt sich – wie auch in zahlreichen anderen alten Bundesländern – als ein Sammelbecken von Linksextremisten verschiedener politischer Herkunft dar.
Allerdings sind Gruppierungen wie die „Vereinigung für sozialistische Politik" (VSP) und das „Forum Kommunistische Arbeitsgemeinschaften" (vormals „Bund Westdeutscher Kommunisten" – BWK) in Rheinland-Pfalz nahezu bedeutungslos.

Zu Frage 2:

Bislang liegen der Landesregierung Hinweise auf die Aufstellung von PDS-Direktkandidaten zur Bundestagswahl 1998 in zwei Wahlkreisen in Rheinland-Pfalz vor.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 15. Juli 1998

Zu Frage 3:

Insbesondere die ausdrückliche Duldung und Akzeptanz offen linksextremistischer Strukturen in bestimmten Teilgruppen der PDS, wie der „Kommunistischen Plattform der PDS", der „Arbeitsgemeinschaft junger GenossInnen in und bei der PDS", des „Marxistischen Forums der PDS" und des bereits genannten „Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften" (früher „Bund Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz" - BWK) sind ein wesentlicher Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der PDS. Exemplarisch und weiterhin gültig ist der 1993 publizierte Beschluß des Landesverbandes, in dem es heißt: „Die PDS Rheinland-Pfalz tritt für den Dialog und die Zusammenarbeit aller linken Kräfte ein, die im Widerspruch zu dieser kapitalistischen Gesellschaft stehen und ein Interesse an gemeinsamer Diskussion und Aktion haben". Unter anderem werden hierbei DKP, VSP, Autonome, BWK und der 1991 aufgelöste „Kommunistische Bund" (KB) genannt.

Walter Zuber
Staatsminister